

Wilhelmy fordert auf geplante Kürzung bei „pro familia“ zu verzichten



Der Haushaltsentwurf steht, die politischen Auseinandersetzungen nehmen Fahrt auf. Und bei vielen Vereinen oder Institutionen geht die Angst vor Kürzungen um: So etwa bei pro familia. Aufgrund des Sparzwangs will das Sozialdezernat den Zuschuss an den Verein um 50.000 Euro - rund ein Drittel der bisherigen Fördersumme - kürzen.

„Es ist absolut nachvollziehbar, dass sich pro familia in einem offenen Brief an das Sozialdezernat und die Stadtverordneten wendet. Eine Kürzung des Zuschusses um rund ein Drittel ist nicht vertretbar, denn der Verein leistet wichtige Arbeit im Bereich Familienplanung und Sexualpädagogik. Wer hier der Rotstift anlegt, hat nicht begriffen wie wichtig diese Beratungsstelle für die Bürger ist“, sagt Veit Wilhelmy, stellv. Fraktionsvorsitzender der UFW.

Der Verein stelle in dem offenen Brief dar, dass aufgrund der Kürzung künftig Personalstunden reduziert oder auf bisher kostenfreie Angebote Gebühren erhoben werden müssten. Zudem könnten notwendig werdende Angebote im Rahmen der Flüchtlingsarbeit nicht geplant oder angeboten werden.

„In Wiesbaden ist die Willkommenskultur stark ausgeprägt und wird von den Verantwortlichen im Rathaus zurecht gelobt. Aber wie passt das mit der geplanten Kürzung zusammen?“, fragt sich Wilhelmy.

„Nicht nur bei pro familia, sondern im Sozialetat generell sollte nach meiner Auffassung überhaupt nicht gekürzt werden. Denn viele Bürger sind auf die von der Stadt freiwillig angebotenen Leistungen angewiesen. Wenn man ihnen diese nimmt oder zum Teil stark beschneidet, dann nimmt man ihnen auch einen Teil ihrer Lebensqualität. Die rund 50 vom Sozialdezernat über mögliche Mittelkürzungen informierten Träger und Einrichtungen müssen in den Haushaltsberatungen unterstützt werden“, so Wilhelmy abschließend.

(Unser Kommentar: Kein Kommentar!)

